Herr Meeser geht auf den Antrag ein. Die BfE-Fraktion sei nicht bereit, das Projekt Feuerwehr/Bauhof „um jeden Preis“ zu finanzieren. Die Entwicklungen bei anderen Ausschreibungen würden das verdeutlichen. Aus Gründen der Kostenkontrolle würde der Antrag gestellt. Bei einer möglichen Rücknahme einer Ausschreibung müsse der Ausschuss die Möglichkeit haben, einzuschreiten und ggf. Streichungen vorzunehmen.

Auf Frage von Herrn Utsch erklärt Herr Meeser, dass auch bei einer teilweisen Inanspruchnahme des Sicherheitszuschlages so verfahren werden soll.

Herr Sterzenbach geht zunächst auf den Übungsturm ein. Das Verfahren sei im Ausschuss abgestimmt worden. Sofern die Ausschreibung ein Ergebnis von mehr als 150.000 € brutto zeige, seien die Gremien neu einzubinden. Unabhängig davon sei der sog. Sicherheitszuschlag zu bewerten. Man befinde sich bei der Maßnahme Feuerwache/Baubetriebshof in einem EU-rechtlichen Vergabeverfahren, welches streng reglementiert sei. Die boomende Bauwirtschaft bedinge eine schwer abzuschätzende Marktlage im Baubereich. Dies sei kein Eitorfer Problem, sondern eine generelle Entwicklung in den vergangenen Jahren. Verschiedene Landesrechnungshöfe und der Bundesrechnungshof hätten die Empfehlungen ausgesprochen, sich für diese Entwicklung zu wappnen und einen Aufschlag auf die sorgfältig geschätzte Auftragssumme vorzunehmen. Es gelte zu vermeiden, dass ein rechtmäßiges und gemäß der Marktlage auch wirtschaftliches Angebot nicht angenommen werden könne, weil ein Haushaltsansatz nicht genügend Reserven vorhalte. Für die Vergabekammern sei dies kein Grund, eine Ausschreibung aufzuheben. Zudem riskiere man Schadensersatzansprüchen. Das Spektrum der Schadensersatzansprüche reiche von Kosten für die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen bis hin zu entgangenem Gewinn. Der Sicherheitszuschlag diene also letztlich dazu, die Verwaltung und die Gremien in den Stand zu versetzen, nach Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit zu entscheiden, ohne Risiken eingehen zu müssen oder letztlich ohne Bauleistung Schadensersatz leisten zu müssen. Selbstverständlich würden bei den Vergabeschritten die Gremien so eingebunden, wie dies die Zuständigkeitsordnung vorsehe, entweder über die Vergabekommission oder bei deren nicht einstimmigem Votum der für die Vergabe zuständige Ausschuss. Dementsprechend sei auch der Zeitplan bemessen.

Herr Meeser fragt, bei welcher Kostensteigerung eine Ausschreibung zurückgenommen werden könne.

Herr Sterzenbach erklärt, dass die rechtmäßige Aufhebung einer Ausschreibung nur möglich ist, wenn nach den einschlägigen Rechtsbestimmungen ein Aufhebungsgrund besteht. Ein solcher Grund wäre z.B., wenn die Ausschreibung kein wirtschaftliches Ergebnis gezeigt hat. „Wirtschaftlich“ definiere sich mit einem angemessenen Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen - immer gemäß der aktuellen Marktsituation. Es gebe keine feste Prozentgröße, da dies von einer Menge Faktoren bei der Bewertung zum Zeitpunkt der Vergabeentscheidung abhängt. Nach der stark einzelfallbezogenen Rechtsprechung könne man als Faustregel annehmen, dass bei einer Steigerung von 5 % kaum von einer Unwirtschaftlichkeit ausgegangen werden. Ab 20 bis 25% % sehe dies gegenteilig aus. Unabhängig davon verdiene jede nennenswerte Überschreitung der Kostenschätzung bei der Angebotsprüfung gesteigerte Aufmerksamkeit.

Auf Anregung von Herrn Meeser, im Zweifelsfalle das Angebot nochmal zu prüfen, erläutert Herr Sterzenbach, dass eine solche Prüfung eine hochfachliche Angelegenheit sei, bei der jede einzelne Position in Bezug auf technische, wirtschaftliche und formelle Anforderungen durchzuprüfen ist.

Herr Euteneuer bezweifelt, dass in Reihen von Rat und Ausschuss bei jedem die Kompetenz vorliegt, Angebote in diesem Sinne zu prüfen.

Herr Meeser erklärt, dass es ihm darum gehe, dass die Ausschreibung im Bedarfsfalle geprüft wird und die Vergabegremien in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Wenn dem so sei, könne man das so stehen lassen.

Eine Beschlussfassung in der Sache erfolgt nicht.